

Christoph Merian Stiftung

Parlamentarische Befindlichkeit

Autor(en): Martin R. Schütz

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2008

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d1cb8a13-ae06-443f-bc5a-9611db3dec3e

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung. http://www.cms-basel.ch https://www.baslerstadtbuch.ch

Parlamentarische Befindlichkeit

Ein E-Mail-Austausch mit der Sozialwissenschaftlerin und Politikerin Brigitta Gerber

Martin R. Schütz

Seit Aristoteles wissen wir, dass der Mensch ein zoon politikon ist – also ein von Natur aus auf die Polis bezogenes, eben (politisches) Lebewesen. Nach der Überzeugung des griechischen Philosophen kann der Mensch nur in der Stadt menschlich leben. Verneint er die Gemeinschaft, dann fällt er ins Tierische zurück. Wenn ich mir unsere postmoderne Mediengesellschaft anschaue, dann beschleicht mich zuweilen schon das Gefühl, dass wir Menschen mit diesem Rückfall zumindest sympathisieren. Wir drängen das ursprünglich Politische zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung und schliessen dafür die Türe zu unserer Privatsphäre auf. Du, Brigitta, machst seit vielen Jahren Politik. Fühlst Du Dich mit diesem Engagement für die Gemeinschaft nicht zuweilen als Exotin?

Schön gesagt. Ich bemerke tatsächlich, dass das Interesse an Politik teilweise exotisch anmutet. Im privaten Umfeld beobachte ich interessanterweise zwei Reaktionen. Die einen fragen, warum ich mir das überhaupt antue und vermuten irgendwelche masochistischen Abgründe. Andere wiederum wenden sich an mich, wenn sie ein konkretes Anliegen haben oder ihre Ansichten zu Missständen deponieren wollen, was für unsere Arbeit als gewählte Politikerinnen und Politiker sehr wichtig ist. Die Reaktion der ersteren zeigt jedoch, dass es nicht mehr selbstverständlich ist und viele sich auch nicht mehr dessen bewusst sind, dass sie über politische Teilhabe unsere Gesellschaft demokratisch mitbestimmen könnten. Das ist erschreckend und nicht nur mit mangelndem staatskundlichem Wissen zu erklären. Wir alle hören täglich Negativ-Storys über politische Entscheide, Klüngeleien, Skandale und Fehler - weltweit, ungefiltert und stark emotionalisiert. Oftmals unterscheiden wir kaum noch zwischen den Ländern, den unterschiedlichen Parteien oder zwischen Politik und Privatperson. Politik hat einen unreinen, unehrlichen Beiklang bekommen. Da helfen auch milizparlamentarische Strukturen und die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger am System nicht.

Wenn denn überhaupt noch «möglichst viele Bürgerinnen und Bürger» am politischen Leben teilnehmen. In der politischen Philosophie, namentlich in der Diskussion zwischen Liberalen und Kommunitaristen, geht es ja nicht umsonst auch um die Frage, wie die Einzelnen wieder stärker in die res publica einzubinden sind. Ich beobachte, dass das Wissen um die traditionelle liberale Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem schwindet. Die Medien tragen mit ihren Skandalisierungen oder Schattengefechten gewiss mit dazu bei. Ein weiteres Stichwort ist die Personalisierung auch der politischen Berichterstattung. Die Institutionen - Parlament, Regierung - werden weniger wahrgenommen, und damit nimmt auch ihre Wertschätzung ab. Die klassische Politikberichterstattung scheinen viele Journalistinnen und Journalisten heute als langweilig zu empfinden. Auf Teufel komm raus wird polarisiert, wobei die Gegenüberstellung von These und Antithese selten zu einer Synthese führt. Die Wirkung einer solchen Berichterstattung ist für den Meinungsbildungsprozess nicht wirklich nützlich: Haften bleibt oft, dass Du als Politikerin einen anderen Standpunkt einnimmst als dieser oder jener Parlamentarier. Deine Gründe und Argumente nimmt das öffentliche Bewusstsein nicht mehr auf.

An dieser Art der Wiedergabe unserer Arbeit in den Medien empfinde ich vor allem eines als problematisch: Als Politikerin kann ich Anliegen und Sachverhalte nicht mehr differenziert darstellen - mangels Differenziertheit entleeren sich jedoch die Inhalte. Inhalte lassen sich vielleicht vereinfacht wiedergeben, oftmals bedingen sie aber einen gewissen Grad an Komplexität der Darstellung. Für die Bevölkerung wird es dann immer schwieriger zu erkennen, weshalb etwas für sie wichtig ist – oder eben nicht. Ich will aber nicht einfach die Journalistinnen und Journalisten kritisieren. Denn natürlich sehe ich, dass der Raum für politische Berichterstattung zunehmend beschränkt wird. Ich frage mich aber, ob diese mittels marktwirtschaftlichen Argumenten dauernd nach unten nivelliert werden darf.

> Mich beunruhigt weniger, dass der Raum für Politikberichterstattung schwindet – denn das stimmt nur bedingt. Die Art, wie über Politik berichtet und im Übrigen auch wie Politik betrieben wird, löst bei mir Fragen aus. Beides folgt immer häufiger den Gesetzen der Produktwerbung. Die Bürgerin als Leserin, der Bürger als Zuschauer: Sie wandeln sich sowohl als mediale Zielgruppe als auch in ihrem Verhalten zur Konsumentin und zum Konsumenten. Freilich, der Druck auf die Medien ist aus vielerlei Gründen stark gewachsen. Gehen wir also einfach einmal davon aus, dass Dein Einfluss auf einen differenzierten Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung, zumindest über die Medien, beschränkt ist. Wo stösst Du als Parlamentarierin sonst noch an Grenzen?

Der Einfluss von uns kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern ist zunehmend beschränkt - namentlich dort, wo übergeordnete Vorgaben, Regelwerke oder Staatsverträge gelten. Für einen Halbkanton wie Basel-Stadt trifft dies ganz besonders zu. Wir arbeiten viel stärker über Grenzen hinweg als andere Kantone. Nehmen wir zum Beispiel die gemeinsame Trägerschaft der Universität. Dort sind Gelder konkret gebunden; unser Einfluss als Parlament ist praktisch ausgehebelt. Eine weitere Beschränkung sehe ich darin, dass es oft sehr lange dauert, bis wir zu den Entscheiden kommen. Der schwierigste Aspekt ist allerdings, wie eingangs im Zusammenhang mit den Medien bereits angesprochen, dass in einer globalisierten Welt mit globalen Problemen unser Einfluss als Kantonsparlament beschränkt ist. Wichtig ist mir deshalb auch, mich in überregionalen oder weltweit tätigen Organisationen zu engagieren. So bin ich zum Beispiel Präsidentin von terre des hommes Schweiz. Viele machen es so. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich nach den weltweiten Bankencrashs das Verhältnis zu den staatlichen Institutionen verändert.

> Mein liberales Herz wünscht sich das, hat aber Zweifel. Mit einer gewissen Sorge erfüllt mich der Umstand, dass einzelne Parteien und Teile der Bevölkerung - verstärkt durch Medien – sehr abschätzige Töne gegenüber den demokratischen Institutionen in unserer liberalen Gesellschaft anschlagen. Die Wertschätzung, nicht im Sinne einer unkritischen Unterwürfigkeit, sondern verstanden als ein diesen Staat konstituierender Respekt, schwindet. Wie erlebst Du das, auch mit Blick auf Dein Jahr als Grossratspräsidentin, als «höchste Baslerin»?

Gerade als Grossratspräsidentin habe ich diesen Respekt vor dem Amt durchaus gespürt - weniger in den Medien, aber in der Bevölkerung. Die Berichterstattung über Person oder Auftritt einer Grossratspräsidentin wird meiner Erfahrung nach aufmerksam verfolgt. Wenn der mangelnde Respekt vor dem Amt im Empfinden des Publikums den guten Geschmack verletzt, dann setzt eine breite Solidarisierung ein. Etwas anders empfinde ich es als «normales» Parlamentsmitglied.

> Aus meiner Sicht verhält sich das Publikum zu passiv. Eine Forderung der Medienethik betrifft die Herausbildung einer Publikumsethik, also von Werten und Regeln an denen sich Mediennutzerinnen und -nutzer in ihrem Konsumverhalten orientieren können. Denn nicht nur die Verleger und Verlegerinnen sowie die Journalistinnen und Journalisten stehen in der Pflicht, sondern auch die Rezipientinnen und Rezipienten. Mit der Medienethik verhält es sich aber leider wie mit der Wirtschaftsethik: Wir lehren sie an Universitäten und anderen Ausbildungsstätten; im Berufsalltag ist sie den Handelnden dann aber zu wenig bewusst. Du wirst als Politikerin also, nüchtern betrachtet, akzeptieren müssen, im Schaufenster zu sitzen. Du lebst ja auch von diesem Platz ... Was hat Dich dorthin getrieben?

Zu Beginn eines politischen Engagements ist man sich dessen wenig bewusst. Das Bewusstsein entsteht erst dann, wenn du plötzlich despektierliche Mails erhältst, weil du eine Meinung vertreten hast, die andere nicht teilen. Sehr belastend kann es sein, wenn diese Rückmeldungen bedrohlich sind und anonym erfolgen. Dass ich trotzdem im Schaufenster bleiben will - um Dein Bild aufzugreifen -, hängt mit den Gründen dafür zusammen, dass ich mich überhaupt ins Schaufenster gesetzt habe: Ich will etwas beitragen zu dieser Gesellschaft, in der ich lebe und die mir wichtig ist. Dabei fühle ich mich ja auch getragen – sei es von der Familie, von Freunden, Bekannten, meiner Partei ... Für mich ist es auch wichtig, dass möglichst jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieser Stadt zumindest ein Parlamentsmitglied persönlich kennt und sich ermutigt fühlt, selber mitzugestalten. Umgekehrt ist es auch sehr bereichernd, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ganz unterschiedliche Menschen und ihre Standpunkte kennenlernen: die sogenannten kleinen Leute genauso wie Menschen aus den Chefetagen. Das ist interessant und herausfordernd.

> Materiell bereichernd ist ein kantonales Parlamentsmandat nun allerdings nicht, wie ich höre ...

Tatsächlich, die Arbeit ist recht zeitaufwendig. Allein für die parlamentarische Arbeit im Plenum und die Vorbereitung der Kommissionssitzungen muss man schon mit einem guten 20-Prozent-Pensum rechnen. Dazu kommen Sitzungen der Fraktion und der Partei. Finanziell entschädigt wird nur die Arbeit in den Sitzungen des Plenums und der Kommissionen, nicht die Vorarbeiten. Je nach Partei sind von dieser Entschädigung mehr oder weniger hohe Mandatsabgaben zuhanden der Parteikasse fällig. Wir geben beispielsweise 50 Prozent ab. Anders könnten die Parteien ihre Arbeit nicht machen, keine Abstimmungskämpfe führen – und von diesen gibt es gerade in der Schweiz nicht wenige.